

Einleitung:

Das ALoG-Treff-Web-Team

alfons, aloisius hingerl, margarete, michael, roly

hat hier, so meinen wir, wichtige Elemente zusammengestellt, das Thema „Hunger und Verhungern“ auf dieser Welt zu verstehen.

- [Franz Segbers, Theologe, Auszüge aus einem seiner Aufsätze](#) – Seite 1
- Erklärung grundsätzlich: [„Hungersnöte und kapitalistische Reichtumsproduktion gehören zusammen!“](#) - Gegenstandpunkt-Verlag im Radio Lora München - Seite 2 bis 4
- Erklärung Europa und Deutschland: [„Armut für alle! Europa soll gesunden – durch die Verelendung der Bevölkerung“](#) - Artikel aus jungeWelt - Seite 4 bis 9
- Kritik des [„Bundesverband Deutsche Tafel“](#) - Seite 9 bis 10
- [Regelsatz 2014](#) - Arbeitslosengeld II (Hartz IV) – Seite 11
- [Faschistereien aus Politik und Wissenschaft](#) – Seite 12 bis 13 (unsere seriösen Quellen sind auf Nachfrage jederzeit nachlieferbar)

Wir beginnen mit Zitaten aus einem Aufsatz von [Franz Segbers](#), einem deutschen, altkatholischen Theologen, über das 5. Buch Mose, dem Deuteronomium (Dtn), (Mt-Matthäus):

In meiner Jugend jedenfalls gab es das nicht zu sehen, was mittlerweile schon alltäglich geworden ist: Menschen wühlen in Abfalltonnen nach brauchbaren Überresten oder suchen nach Pfandflaschen, um sie für ein paar Cents einlösen zu können.

„Doch eigentlich sollte es bei dir keine Armen geben; denn der Herr wird dich reich segnen“ (Dtn 5,4). Im scheinbaren Widerspruch zu diesem Leitbild einer Gesellschaft ohne Arme sagt Jesus: „Arme habt ihr allezeit bei euch im Land“ (Mt 26, 11). Er zitiert dabei aus den biblischen Sozialgesetzen. Wie ist dieser Widerspruch zu verstehen, dass es keine Armut geben soll und Arme allezeit im Lande sein werden? Das Land ist von Gott reich gesegnet, und für alle ist genug da. Niemand bräuchte in Armut und Not leben. Immer haben Menschen von einer Gesellschaft und einer Welt ohne Armut geträumt. Sie haben diesen Traum in Utopien verlegt oder auch ins Jenseits. Auch die Bibel hat die Hoffnung auf eine Welt ohne Armut. Wenn Israel die Tora, die Sozialgesetzgebung der Bibel, achtet, und „dieses ganze Gesetz“ hält (Dtn 15,5), dann kann die Armut im Land verschwinden. Doch, wenn Israel nicht auf die Stimme Gottes hört, wird es allezeit Armut im Lande geben. Wenn die Bibel so über Armut redet, dann macht sie deutlich, dass Armut keineswegs von Gott gegeben ist. Armut muss es nicht geben, sie ist von Menschen gemacht und kann und muss deshalb auch von Menschen beseitigt werden.

Wo aber Reichtum nicht geteilt wird, dort kehrt sich der Segenskreislauf um, und Reichtum wird zum Unheil für die Menschen.

Es ist der Reichtum, der Armut schafft. Wer also Armut bekämpfen will, der muss den Reichtum in Pflicht nehmen.



Nicht nur in Deutschland wird gehungert. In allen europäischen Ländern gibt es Armenspeisungen, obwohl es so viel Reichtum gibt. In den USA verhungern Mitmenschen. Der Gegenstandspunkt-Verlag hat in Radio Lora München einen Erklärungsversuch für den weltweiten Hunger vorgetragen, den wir hier zur Diskussion stellen wollen:

**Schon seit Jahrzehnten wird bei den immer wieder
„ausbrechenden“ Hungersnöten für die Hungernden in der Welt gespendet;
die Zahl der Hungernden hat sich dadurch aber nicht vermindert –
im Gegenteil! Warum?**

Hungersnöte und kapitalistische Reichtumsproduktion gehören zusammen!

Wenn täglich, wie man den einschlägigen Berichten entnehmen kann, etwa 35.000 Menschen verhungern, vorwiegend in der südlichen Hemisphäre, dann sicherlich nicht deswegen, weil es weltweit insgesamt an Lebensmitteln fehlen würde. Der Welternährungsfonds, die UNESCO und andere zuständige Organisationen sprechen das immer wieder einmal aus: Es gibt auf dem Globus genug Lebensmittel für alle, und im Bedarfsfall wäre auch noch eine Ausweitung der Produktion möglich. Die Produktionsmethoden sind so weit entwickelt, die Produktivität ist so hoch, dass es geradezu lächerlich ist, wenn dann doch immer wieder Naturphänomene wie Dürren oder Überschwemmungen für den Hunger verantwortlich gemacht werden. Wie absurd es ist, Launen der Natur für den Hunger verantwortlich zu machen, sieht man schon daran, dass Naturkatastrophen in Ländern wie Deutschland keineswegs zu Hungersnöten führen – anders als in Gegenden wie Somalia, wo eben nicht nur bei „Jahrhundert-Dürren“ gehungert wird. Das Problem ist auch nicht, dass die Lebensmittel nicht dort sind, wo gehungert wird. Im Gegenteil, es kommt vor, dass Tausende verhungern, während die Lebensmittel sogar in ihrer Nachbarschaft vorhanden sind: in gut gefüllten und ebenso gut gesicherten Lagerhäusern. Den Grund, warum diese Leute verhungern, kennt jeder: Sie haben kein Geld, um sich das Nötigste zu kaufen. Dasselbe gilt auch für das Wohnen, die medizinische Versorgung, die Bildung usw. Ohne Geld ist ihnen das alles verschlossen. Dass sie ohne Geld nicht leben können und dass sie zugleich an Geld nicht herankommen, also mittellos sind und bleiben, hat, wie im Folgenden gezeigt wird, *einen* Grund: Es ist die weltweit durchgesetzte Herrschaft des Kapitals.

Der Hunger, den die Leute in früheren Gesellschaftssystemen auch in Europa erleiden mussten, war auf ungünstige Naturumstände oder auf unzureichende Produktionsmittel zurückzuführen. Mit diesem Ausgeliefertsein an unbeherrschte Naturbedingungen ist es infolge der Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus vorbei. Nicht vorbei ist es allerdings damit, dass viele Millionen trotzdem nicht an die zum Überleben nötigen Lebensmittel herankommen. Denn seit dem weltweiten Siegeszug des Kapitals sind alle Menschen damit konfrontiert, dass jedes Lebensmittel und insbesondere jedes Produktionsmittel einen Eigentümer hat. Die Eigentümer bestehen darauf, dass man für ihre Waren einen Preis bezahlt. Diese Eigentümer sind kapitalistische Geschäftsleute, die den Globus daraufhin besichtigen, wo wie viel Gewinne zu erzielen sind, inwiefern sich also aus einem Kapitalvorschuss ein Kapitalüberschuss herauswirtschaften lässt. Mit der Anwendung dieses Maßstabs haben sie die Welt sortiert in Länder, in denen sich flächendeckend Investitionen lohnen und daher der größte Teil der Bevölkerung zur Gewinnproduktion herangezogen wird, und in Gegenden, wo allenfalls ein paar Flecken für kapitalistische Ausbeutung hergerichtet sind, während der Rest des Landes verkommt. Damit hat es die weltweite Herrschaft des Kapitals in der sog. Dritten Welt zu einem absurden Gegensatz gebracht: Es gibt es eine Überfülle an Lebensmitteln, aber zugleich eine wachsende Masse von Unterernährten und Hungertoten. Die Armen dieser kapitalistisch durchorganisierten Welt können sich das zum Überleben Notwendige, das sich im Privateigentum der Lebensmittelproduzenten befindet, nicht kaufen. Wenn sie aber darauf an-

gewiesen sind, es sich zu *kaufen*, heißt das auch: Es fehlen ihnen die Produktionsmittel, um ihre Lebensmittel selbst zu *produzieren*. Grund und Boden, Werkstätten, Maschinen, Rohstoffe – alle Quellen des Reichtums gehören jemandem und werden nur gegen Geld herausgegeben. Eine selbstständige Ernährung kommt ohne Verfügung über Land und Arbeitsinstrumente nicht zustande. Das müssen selbst die erfahren, die versuchen, sich mit den herkömmlichen Methoden selbst zu versorgen. Jahrhundertealte Lebensweisen wurden und werden zunehmend unmöglich, weil sie am Eigentum scheitern. Nomaden können ihre Art der Viehzucht nicht mehr fortsetzen, wenn Grundeigentümer Zäune bauen und Staaten Grenzen ziehen. Kleinbauern werden verdrängt und enteignet zugunsten von weltmarktfähigen Plantagen, großflächigen Bergwerken oder Staudämmen, so dass für sie nur noch die schlechtesten Böden zur Bewirtschaftung übrig bleiben. Alleingesessene Kleinhandwerker sind gegen die industriellen Produkte der Weltkonzerne nicht konkurrenzfähig und können bestenfalls in den Nischen der Tourismusbranche weiterexistieren. Wer überhaupt noch über irgendwelche Werkzeuge oder Rohstoffe verfügt, hat keine Chance gegen die überlegene Produktivität des Kapitals. Zusammengefasst: Die herkömmlichen Weisen, sich einen Lebensunterhalt zu verschaffen, sind zerstört worden. Daher sind sie heute auf Geldeinkommen durch Lohnarbeit verwiesen. Ob sie allerdings die nötigen Arbeitsplätze bekommen, darüber befindet die Kalkulation derjenigen, die ihnen die Existenzgrundlage unter den Füßen weggezogen haben.

Genau darauf, sich als Lohnarbeiter zu verdingen, werden sie von den Regierungen, die in diesen Hungerregionen das Sagen haben, verpflichtet. Diese Staaten stellen ihr Land und ihre Menschen in den Dienst der heute einzigen, weltweit gültig gemachten Staatsräson: Sie setzen auf das private Eigentum, das Kapital und seine Vermehrung, weil sie sich davon dauerhafte Quellen ihrer staatlichen Bereicherung versprechen. Sie bieten dem Kapital ihre Rohstoffe zur Ausbeutung an, sofern vorhanden, und wenn das nicht geht, ihr Territorium, mit dem die auswärtigen Pächter oder Käufer dann machen, was sie wollen. Die Bevölkerung wird darauf festgelegt, sich als Arbeitskräfte dafür dienstbar zu machen, dass das im Land angelegte Kapital seinem Eigentümer Profit bringt. Wer nicht zu den wenigen Reichen gehört, für den soll Geldverdienen durch Lohnarbeit der einzige Weg sein, sich einen Lebensunterhalt zu beschaffen.

Um das auswärtige Kapital ins Land zu ziehen, richten sich diese Staaten als Angebot dafür her. Indem sie das tun, setzen sie die Zerstörung der herkömmlichen Weisen, sich einen Lebensunterhalt zu verschaffen fort – oder setzen sie überhaupt erst richtig in Gang. Zum Beispiel dann, wenn für die Bedürfnisse des auswärtigen Kapitals eine modernere Infrastruktur hochgezogen wird, für die die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zerstört werden. Oder dann, wenn an auswärtige Kapitale oder auch Nationen Land verpachtet oder verkauft wird, auf dem die dort Ansässigen dann nichts mehr zu suchen haben, usw. Ob und in welchem Umfang der Lebensunterhalt sowohl der Volksmassen als auch der Staaten möglich ist, hängt dann freilich vollständig davon ab, welche Rechnungen die Eigentümer der Produktionsmittel anstellen.

Aus dieser Abhängigkeit sind die Staaten, die früher einmal schönfärberisch „Entwicklungsländer“ genannt wurden, nie herausgekommen. Im Gegenteil, manche von ihnen haben sich unter diesen Bedingungen zu so genannten „failed states“, gescheiterten Staaten, „entwickelt“. Überall sind die zur Lohnarbeit gezwungenen Massen vom Land in die Städte gewandert und dort in riesigen Slums gelandet. Die sind ein einziges Zeugnis davon, dass der Bedarf an Arbeit, die den Herren des Kapitals einen Lohn wert ist, überhaupt nicht zu dem Geldbedarf der Volksmassen in diesen Ländern passt. Wer es für die dortigen Verhältnisse „gut trifft“, lebt von dem bisschen Geld, das bei der kapitalistischen Benutzung des Landes so nebenbei für sogenannte *informelle* Dienstleistungen abfällt und von den paar Jobs, die die dortige Herrschaft zu vergeben hat. Abgesehen von den wenigen, die für die paar profitablen Firmen gebraucht werden, ist der Großteil der lokalen Bevölkerung unnützlich, vom Standpunkt des weltweiten Geschäfts ebenso wie von dem ihrer Regierung einfach überflüssig. Millionen von Leuten sind auf diese Weise zur absoluten Überbevölkerung des Weltkapitalismus gemacht worden. Das heißt: Sie sind vom Standpunkt des Kapitals nicht zu benutzendes Menschenmaterial. Also verhungern sie.

Die Wirtschaftsweise, die sie kaputt macht, geht aus von den Zentren des Weltkapitalismus, den

so genannten Industrieländern. In diesen Ländern wird mit den Abhängigen grundsätzlich auch nicht anders umgesprungen als in den Hungerländern. Auch hier ist ständig ein Teil der Arbeiter ohne Beschäftigung und daher vom Abstieg ins Elend bedroht oder betroffen. Jährliche Armutsberichte dokumentieren die Normalität von Armut auch in den reichen Ländern. Als ständige Drohung ist sie die Grundlage für diszipliniertes Arbeiten der Beschäftigten, also eine Produktivkraft für die Wirtschaft, für deren Wachstum die Versorgung des lohnarbeitenden Volks mit Geld möglichst knapp gehalten wird. Denn der Reichtum der erfolgreichen Staaten beruht auf der Armut derer, die außer ihrer Arbeitskraft nichts haben. Aber im Unterschied zu verhungerten Wüstenbewohnern bringt ihnen die offenbar immerhin noch so viel Lohn ein, dass sie von Wohltätigkeitsorganisationen angemacht werden, sie sollten etwas davon den noch Ärmern auf der Welt abgeben.

Alljährlich kurz vor Weihnachten und immer dann, wenn mal wieder eine Unbill der Natur zur Katastrophe für die Hungerländer wird, wird denjenigen in den Zentren des Weltkapitalismus, die ein halbwegs regelmäßiges Arbeitseinkommen haben, in Spendenaufrufen ein Vergleich nahegelegt, der es in sich hat: Im *Wohlstand* leben sie – wenn sie nur den *Vergleich* in die richtige Richtung anstellen, nicht nach *oben*, mit dem Reichtum, zu dem es die kapitalistischen Eigentümer und deren besserverdienende Funktionäre durch ihre Ausbeutung gebracht haben, sondern nach *unten*, mit denen die im Elend leben. Diejenigen, die arbeiten dürfen, können am Elend in der 3. Welt sehen, was einem als Eigentumslosem in dieser Welt des Kapitalismus auch blühen kann. Gemessen an den Hungerleidern haben sie es nicht nur gut getroffen; sie haben – so die Propaganda der Spendensammler – sogar *mehr*, als sie brauchen, allerdings nur im Vergleich mit den Elenden in der 3. Welt. Es wird ihnen vorgerechnet, dass sie zum *Überleben* mit viel weniger auskommen könnten, also im „Überfluss“ leben, während denen im Süden der Hungertod droht. So gesehen, wird aus den Nöten von Lohnarbeitern in den kapitalistischen Zentren, mit dem Lohn auszukommen, ein Leben *auf Kosten* der Ärmsten dieser Welt. Derart schieben die geldsammelnden Organisationen mit den bezeichnenden Namen wie „Brot für die Welt“ und „Misereor“ (lat.: ich erbarme mich) einen Teil der Verantwortung für das Überleben der Armen im Süden, die der weltweite Kapitalismus von Lohnarbeit abhängig gemacht hat, ohne ihnen Gelegenheiten dazu verschaffen, den Lohnarbeitern im Norden zu: Wenn sie ihren „Überfluss“ nicht mit den Elenden teilten, seien die zum Hungertod verurteilt. Wer sich derart ein schlechtes Gewissen machen lässt, dem offerieren die Spendensammler auch gleich eine bequeme Möglichkeit, sich das Gewissen zu erleichtern: mit ein paar Euros Überweisung auf eines der vielen Spendenkonten – bis zur nächsten Hungerkatastrophe und bis zum nächsten Weihnachtsspendenaufruf...

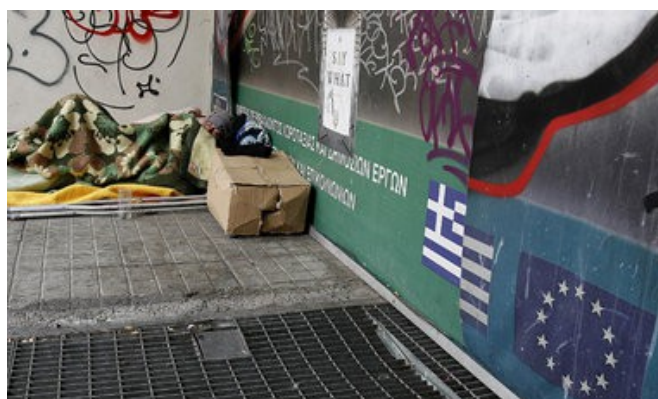
14.05.2012

Armut für alle!

Europa soll gesunden –
durch die Verelendung der Bevölkerung

Von Theo Wentzke

Die Tageszeitung
jungeWelt



Dumpinglöhne und Abbau von Sozialleistungen:
Der Druck auf die Bevölkerung in den Staaten der
Europäischen Union steigt (Obdachloser in Athen,
31. Januar 2012)

Foto: AP

Reihenweise sind in der EU Regierungen abgewählt worden, weil sie ihren Völkern rigide »Sparprogramme« verordnet haben, mit denen die Staaten ihre Kreditwürdigkeit wiedergewinnen wol-

len. Die betroffenen Länder scheinen Opfer des Finanzkapitals zu sein, das ihr Rating herabstuft, ihnen untragbare Zinsen abknöpft oder ihnen den Geldhahn völlig zudreht, indem es ihnen neue Anleihen und die Refinanzierung der fälligen Schulden verweigert.

Als Heilmittel predigen Ökonomen, Gewerkschaften und immer mehr Politiker aller Couleur neue Schulden, also genau das, wovon viele Euro-Staaten mehr haben, als sie bedienen können. Sparen, so die Kritik, läßt die kriselnde Wirtschaft weiter schrumpfen. Staatliche Wachstumsprogramme müßten her, von einem neuen Marshall-Plan ist sogar die Rede, z.B. im Mai-Aufruf des DGB.

Die »Pleitestaaten« als Opfer des Finanzkapitals, das kann nicht die Wahrheit sein: Sie haben sich Jahrzehnte lang locker verschuldet. Die Finanzindustrie sah darin ein so gutes Geschäft, daß sie ihnen nicht nur für neue Projekte Geld lieh, sondern völlig selbstverständlich auch für die Tilgung von fälligen Verbindlichkeiten. Die Banken wollten ihr Geld gar nicht zurück, sondern mit der »Revolvierung« dieser Schulden zusätzliche Gewinne einfahren. Daß in einer Reihe von Euro-Ländern die Wirtschaft nicht in dem Maß gewachsen ist, wie es die Regierungen mit den Staatsschulden herbeihebeln wollten, macht nicht sie zu Opfern ihrer Geldgeber von gestern. Und wenn der neue französische Präsident Wahlkampf mit dem Versprechen der »Neuverhandlung des Fiskalpakts« und der »Wachstumsförderung statt Sparpolitik« machte, dann sollte man genau hinschauen, wo bei der Politik, die er demnächst durchsetzt, die Opfer anfallen.

Prinzip Verschuldung

Um eine Staatsschuldenkrise handelt es sich, wenn die Banken und andere Investoren einem Staat kein Geld mehr leihen, wenn sie ihm neue Papiere nicht mehr abkaufen. Dann muß der Staat nicht etwa mit dem auskommen, was er sonst einnimmt, sondern ist pleite. Warum? Weil er die neuen Schulden machen muß, um alte zur Fälligkeit abzulösen; d.h. weil er nicht irgendwann einmal in einer Sonderlage Schulden macht, sondern dies die immerwährende Normalität ist. Wenn er bei den Banken keine neuen Kredite bekommt, dann fehlt ihm nicht nur Geld für Ausgaben, die er tätigen möchte, sondern für Zahlungen, die er leisten muß.

Diese universelle Schuldenfinanzierung des Staates belegt der Bankrott, der eintritt, sobald ihm keine Darlehen mehr gewährt werden. Also unterscheiden sich erfolgreiche von erfolglosen Staaten nicht darin, in welchem Ausmaß sie in der Kreide stehen, und ob sie sie zurückzahlen können oder nicht – das könnte keiner! –, sondern darin, ob ihnen die Geldkapitalisten erlauben, bei ihnen immer neue Schulden zu machen.

Daran zeigt sich, in was für einem Verhältnis ein kapitalistischer Staat zu seiner Ökonomie steht und worauf die Investoren setzen, wenn sie ihr Kapital in Staatsanleihen anlegen: Die Machtausübung nach innen ist darauf gerichtet, daß in der von ihm getrennten, von ihm aufs Geldverdienen ausgerichteten, beaufsichtigten und geregelten Sphäre der Privatwirtschaft auf seinem Standort Jahr für Jahr Wachstum produziert wird, an dem er sich mittels seiner politischen Gewalt ausreichend bedienen kann. Schon in Zeiten der Prosperität ist klar: Dafür braucht es Armut, nämlich die einer ganzen Klasse von Leuten, die nur an Geld für das Lebensnotwendige kommen, wenn sie ihre Arbeitskraft an Kapitalisten verkaufen und sich zur Vermehrung von deren Eigentum ausbeuten lassen. Daran, daß das auf dem von ihnen regierten Territorium klappt, haben kapitalistische Staaten ein ureigenes Interesse.

Aber was sie über Steuern aus ihrer Gesellschaft ziehen, reicht ihnen nicht. Sie leihen sich Geld, wälzen dabei ihre Schulden immer um und vermehren sie noch laufend. Das können sie in der Regel auch problemlos, weil Staatsschulden normalerweise als konkurrenzlos sichere Anlage gelten. Die Finanzanleger haben staatliche Zinsversprechen zu vergleichsweise niedrigen Zinssätzen gekauft, obwohl ein Staat kein kapitalistisches Unternehmen ist, das seine Verbindlichkeiten aus einem dann erwirtschafteten Profit bedienen kann. Er gibt sein Geld nur konsumtiv aus, egal ob für Straßen, Schulen oder Panzer. Die Investoren setzen darauf, daß der Staat Erfolg dabei hat, seine Ökonomie auf kapitalistisches Wachstum auszurichten; und daß er als politische Gewalt selbst

dann noch genug Steuern eintreiben kann, sollte das Wachstum mal zu wünschen übrig lassen. Sie wollen im Normalfall die Schulden gar nicht zurückbezahlt bekommen, sondern verbuchen sie als sichere, eigenkapitalgleiche Geldanlage, daß sie höchstens den Zins bedient sehen wollen. Es ist ihnen eher daran gelegen, den Staat weitere Schulden machen zu lassen.

Im Rechtfertigungskarussell

Wenn das alles klappt, dreht sich ein schönes wechselseitiges Rechtfertigungs- und Beglaubigungskarussell: Der Staat verschuldet sich und rechtfertigt seine Schulden damit, daß er sie für ein Regieren verwendet, bei dem Wirtschaftswachstum herauskommt, aus dem er sie bedienen kann. Die Aussicht darauf rechtfertigt für das Finanzkapital wiederum, die Staatsschuldscheine in seiner Hand wie Kapital zu nehmen, mit dem wiederum das Wachstum befeuert wird, das der Staat braucht.

Für den Staat hat das allerdings Folgen: Das, was er von sich aus will, nämlich seine Gesellschaft als Profitmaschine einrichten, die ihm Jahr für Jahr wachsende Steuererträge einspielt, mit denen er Zinsen bedient und seine Kreditwürdigkeit gegenüber den Banken beweist, steht ihm jetzt als Anspruch von Banken und Finanzanlegern gegenüber, bei denen er verschuldet ist. Seine Handlungsfähigkeit hängt an der Kreditfähigkeit, also daran, daß bzw. inwieweit er vom Finanzkapital als Regent einer dauerhaft prosperierenden Profitmaschine beurteilt wird. Allerdings verdient der Staat da kein Mitleid: Das muß er nämlich nicht wegen der Banken, bei denen er verschuldet ist. Umgekehrt verschuldet er sich, um in seiner Gesellschaft mit allen dafür nötigen Mitteln ein Wirtschaftswachstum anzustoßen, mit dem er in der Konkurrenz mit seinesgleichen – mit den anderen Staaten, die dasselbe tun – bestehen will. Wie erfolgreich sein Standort dabei abschneidet, hat er allerdings mit seiner Verschuldung dem Urteil der Finanzmärkte überantwortet.

Diese Beurteilung ist seit dem Beginn der Weltfinanzkrise gegenüber immer mehr europäischen Staaten zunehmend negativer ausgefallen; die Zinsen für neue Staatsanleihen steigen, wobei gerade die verlangten hohen Zinsen es immer unwahrscheinlicher machen, daß der Staat sie wird bedienen können. Immer öfter fällt das Finanzkapital das Urteil: Dieser Staat lohnt sich als Anlage nicht mehr; seine Schulden stehen in keinem tragbaren Verhältnis zu den Wachstumsaussichten dort. Seine Ausgaben waren Verschwendung; dieser Staat ist zu teuer für das, was er aus seiner Gesellschaft herauszuholen versteht. Daß Bahnen und Fähren fahren, Brücken halten, Schulen und Krankenhäuser betrieben, Renten bezahlt werden etc. – alles das ist überflüssig, wenn es sich für diejenigen, die Geld in den Staatshaushalt investieren, nicht lohnt. So bekommt die Gesellschaft zu spüren, daß all das, was man gemeinhin so als »Errungenschaften der Zivilisation« verbucht, überhaupt nicht ein für alle mal errungen, sondern darauf berechnet ist, daß es gut für das Wachstum des Kapitals ist und das von den Kreditgebern des Staats auch für die Zukunft so gesehen wird.

Abkassieren bei den Massen



»Die Banken auf die Anklagebank« – Grafito im Treppenhaus einer Sozialbau in Madrid (5. März 2012)
Foto: Reuters

Die Pleite eines (Euro-)Staats bedeutet nicht, daß er aufhört zu existieren, sondern daß er jetzt ohne den Kredit durchs Finanzkapital weitermachen muß. Er muß sein Verhältnis zu den Banken und Anlegern »wieder in Ordnung bringen«. Das heißt, er muß »sparen«. Bei der Wirtschaft kann er

unmöglich Abstriche machen: Das Kapital lohnt sich im Land ja ohnehin nicht oder viel zu wenig; Wachstum der Profite und der Investitionen, Wirtschaftstätigkeit, Einkommenserzeugung und Steuern kommen nicht im für den Schuldendienst erforderlichen Ausmaß zustande. Die Klasse, die zu wenig unternimmt und mehr unternehmen soll, kann man nicht belasten. Ihre Bereicherung ist ja die Bedingung aller Wirtschaftstätigkeit und aller anderen Einkommen, die dem Staat das für ihn Nötige abwerfen sollen. Seine Einnahmen steigern kann der Staat nur durch das Abkassieren bei der breiten Bevölkerung, deren Einkommen sowieso konsumiert und nicht investiert werden. Daher werden die Mehrwertsteuer und andere Abgaben, die die Massen treffen, erhöht, dito Studiengebühren, Wasser- und Fahrpreise usw.

Zugleich ist radikale Verelendung, absolute Armut angesagt. Alles ist wie vor dem Bankrott des Staates für den Arbeits- und Lebensprozeß der Gesellschaft vorhanden, aber all die vorhandenen Mittel läßt man verkommen, legt man brach, schließt sie oder fährt sie zurück, wenn sich ihre Anwendung für die kapitalistischen Unternehmen, damit für den Staat und darüber für die Investoren nicht lohnt. Frühere Gesellschaften haben gehungert, weil es an Lebensmitteln wegen mangelnder Produktivität der Arbeit oder infolge von Mißernten fehlte. Heute gibt es vom Standpunkt der Investoren aus in einem Pleitestaat wie Griechenland viel zu viel: Straßen, Krankenhäuser, Schulen, ja, sogar Nahrungsmittel, die sich verarmte Griechen nicht mehr leisten können.

Und woran kann er sparen? Wieder nicht an seinen Leistungen fürs Kapital, die sollen ja Einkommen kreieren, sondern an Ausgaben für das sonstige Funktionieren des gesellschaftlichen Lebens: an Schulen, Gesundheitswesen, Renten, Löhnen für Staatsdiener.

Die bewiesene Entschlossenheit, gegen das Volk rücksichtslos vorzugehen, ist darauf berechnet, bei den Finanzmärkten Vertrauen zurückzugewinnen. Wie weit das Erfolg hat, ist eine andere Frage. Aber wenn die Märkte etwas honorieren, dann die Rücksichtslosigkeit der Staaten, ihre Bereitschaft, eine weitreichende Verarmung in ihren Ländern durchzusetzen. Armut ist also nicht nur Folge des Mißtrauens der Finanziere in die Kapitalqualität der Staatsschulden, sondern auch politisch gewolltes Mittel, dieses Mißtrauen zu zerstreuen.

Auf dem Holzweg

Der Widerspruch dieses staatlichen »Sparens« ist mittlerweile allgemein bekannt: Mit ihm schrumpfen auch die Geschäftsgelegenheiten für die Wirtschaft, die Länder rutschen folglich erst recht in eine Rezession, und das Verhältnis von Staatseinnahmen und -ausgaben verschlechtert sich erstens sogar bei sinkenden Ausgaben weiter und zweitens entstehen durch die Rezession wieder neue Nöte.

Die »Sparpolitik« gilt daher als Holzweg. Vernünftig soll dagegen Wachstumspolitik sein. Daher wird in der EU nun anerkannt: »Wir« brauchen nicht nur Sparsamkeit, sondern gleichzeitig auch Wachstum. Ein offener, unvermittelbarer Widerspruch, wenn die entscheidende Voraussetzung von Wachstumspolitik, nämlich Geld für den Staat, also neue Schulden, wegfällt. Weniger Staatsausgaben und zugleich ein Marshall-Plan für Griechenland oder den ganzen Süden – Wie soll das angehen? Ist ein solcher Plan denn etwas anderes als eine neue Verschuldung beim Finanzkapital? Wenn »die Finanzmärkte« aber nicht daran glauben, daß Griechenland und Co. rentable Standorte sind, weil dort trotz geringerer Löhne zu wenig Rendite herauspringt, dann setzen sie das fort, was sie derzeit machen: Wo kein Gewinn absehbar ist, gibt's auch keine Kredite.

Eines aber läßt sich fürs Wachstum auch bei reduzierten Staatsausgaben tun. Es gibt eine Sorte Kapitalförderung, die nichts kostet: dem Kapital die Arbeitskraft noch billiger machen, damit sie mehr Profit abwirft. Also werden in Griechenland Tarifverträge durch staatlichen Beschluß außer Kraft gesetzt, wird der Mindestlohn, an dem alle anderen Löhne hängen, und das Arbeitslosengeld radikal gekürzt, so daß die Unbeschäftigten jede Arbeit zu jeder Bedingung annehmen müssen. Kündigungsschutz wird abgeschafft. Also wird »liberalisiert« und »Bürokratie abgebaut«, dem Ka-

pital werden Arbeits- und Umweltschutz erspart oder existierende Auflagen nicht mehr ernsthaft durchgesetzt. Mehr Armut wird offen als Lebensmittel der Nation gehandelt: Sie soll die nationale Wirtschaft, darüber das Wachstum, die Steuereinnahmen, darüber wieder die Kreditwürdigkeit des Staates stärken.

Tatsächlich ist die Armut der Arbeitenden in einem absoluten Sinn zwar die Grundbedingung aller kapitalistischen Wirtschaft, ihre Steigerung aber keineswegs das einzige und noch nicht einmal das stärkste Mittel zur Ankurbelung des Wachstums: Viel wichtiger sind der Umfang der Anleihen, die ein Staat aufnehmen und für Standortförderung ausgeben kann, und die Größe der privaten Kapitalvorschüsse, die in einer Nation zu mobilisieren sind. Diese ermöglichen die Erarbeitung oder den Einkauf wissenschaftlicher Ergebnisse und technischer Errungenschaften, welche für innovative Erzeugnisse und lohnende Arbeitsbedingungen sorgen. Das erst macht Arbeit produktiv fürs Kapital: Wenn die Arbeitsproduktivität höher ist als bei der Konkurrenz, hat man bei sich die Stückkosten gesenkt, ohne daß der Wert der Waren allgemein schon entsprechend gesunken ist; man kann also auf dem Markt die anderen unterbieten und Marktanteile auf sich ziehen. Aber es hilft nichts – die Verarmung der Arbeiter mag nicht das entscheidende Wachstumsmittel sein, es ist in den Ländern, die ihren Kredit verloren haben, das einzige, das ihnen zur Verfügung steht.

Dabei hat die Förderung des Wachstums durch die Vergrößerung der Armut der Arbeitskräfte ja auch ihren Widerspruch: Leute die immer weniger verdienen, kaufen auch immer weniger. Die zweite Funktion des Lohnes – Kaufkraft zu sein, die das Kapital zur Realisierung der in der Produktion erzeugten Gewinne braucht – entfällt für die Produzenten von Konsumgütern für die Arbeiter. Aber auch dieser Widerspruch verhindert die Anwendung dieses Mittels nicht: Die zweite Funktion des Lohnes rangiert immer hinter der ersten – daß er lohnende Kost für die Erzeugung des Gewinns sein muß, nie umgekehrt. Wäre ja noch schöner, wenn die Kapitalisten erst den Arbeitern den Lohn spendieren müssen, damit die ihnen dann die Waren abkaufen können. Wo bliebe da das Geschäft? Für Kapitalisten – und der Staat hat natürlich volles Verständnis dafür – ist der Lohn möglichst niedrig zu halten, und wenn er schon gezahlt werden muß, dann ist die eingekaufte Arbeitskraft effektiv und ausgiebig auszunutzen. Daß sie mit ihrer Kostensenkung an irgendeiner anderen Stelle der Gesellschaft die Kaufkraft verringern, ist nicht ihr, sondern das Problem jeweils anderer Kapitalisten. Auf Märkte, wie immer die insgesamt dadurch, daß jeder so verfährt, schrumpfen mögen, beziehen sie sich als welche, die es von ihnen gegen ihre Konkurrenten zu erobern gilt, gerade mit Stückkostensenkung per Rationalisierung und Lohnsenkungen.

Vorbild Deutschland

Bei allen Problemen und Widersprüchen – Merkel weiß, was die Problemländer brauchen, damit sie wieder Wachstum erzeugen und die Staatsfinanzen in Ordnung bringen können: Sie müssen etwas dafür tun, daß sie daheim und in Europa mehr Geld verdienen und dafür müssen sie ihre »Wettbewerbsfähigkeit« stärken. Werdet eben auch Konkurrenzsieger – so wie wir, die alles rechtzeitig richtig gemacht haben! An uns könnt ihr doch sehen: Es geht doch! Merkel präsentiert den deutschen Erfolg, das Resultat der Konkurrenzanstrengungen, das sich naturgemäß nur für einige, nie für alle einstellen kann, wie eine Fähigkeit, die sich jeder Staat beschaffen kann, wenn er nur will.

Dabei ist erstens ja gerade der deutsche Konkurrenzserfolg nicht der geringste unter den Gründen für die Pleite Griechenlands und die Überschuldung Spaniens, Portugals, Irlands... Daran merkt man, daß es einen großen Unterschied macht, ob eine Nation, die Kapital, modernste Hightech-Produkte und hohe Produktivität hat, eine Wachstumsschwäche durch die Verarmung ihrer Arbeiter überwindet und die zusätzlich in der Standortkonkurrenz in die Waagschale werfen kann, oder ob dieses Mittel alles andere ersetzen soll.

So legt Merkel die Partnerstaaten darauf fest, die Verarmung des Volks, das einzige Mittel, das ihnen in ihrer Konkurrenz gegen den überlegenen Nachbarn verfügbar ist, immer radikaler anzu-

wenden, je weniger es leistet. Und damit zu leben, daß ihnen das andere Mittel, die öffentliche und private Vorfinanzierung des Wachstums mit geliehenem Geld vorenthalten wird. Zudem tut Merkel so, als ob sie das bislang Deutschland entgegengebrachte Vertrauen der Finanzmärkte in der Hand hätte – und das angesichts dessen, daß die Verarmungsrezepte für die Südeuropäer langsam aber sicher auch den deutschen Exporterfolg untergraben.

»Richtig gemacht« hat Deutschland laut Merkel alles – für wen eigentlich? Für die Renditen und Wachstumsraten des hiesigen Kapitals, für Steueraufkommen und Kreditwürdigkeit Deutschlands. Dafür schon. Aber für die arbeitende Bevölkerung in der BRD? Von der malochen nun zehn bis 20 Prozent für Geld, das sie früher als Arbeitslosenunterstützung bekommen haben. Für sie besteht der Fortschritt darin, daß sie für ein elendes Minimaleinkommen auch noch arbeiten müssen. Den Unternehmen eröffnet diese Lohndrückerei neue Perspektiven im Land; manche Standortverlagerung in Billiglohnländer kann vielleicht unterbleiben, wenn Deutschland selbst so ein schönes Billiglohnland wird. Und die Weltmarktführer, die deswegen hier bleiben und zusätzlich investieren, machen mit der Ausnutzung niedriger Löhne und dem Einsatz von maßstabsetzender Produktivität höhere Gewinne. Dem Staat bringt der Fortschritt die Verwandlung von Leuten, die Steuern gekostet und Sozialkassen belastet haben, in welche, die Steuern und Sozialbeiträge zahlen; das Erobern von Marktanteilen durch deutsche Exportindustrien hat die durch Rationalisierungen verursachten Entlassungen mehr als wettmacht. An der Armut der vorher Erwerbslosen hat sich wenig geändert, nur daß diese Armut von einer für die staatlich verwalteten Sozialkassen unnützen und belastenden zu einer »nützlichen« geworden ist.

Die übrigen deutschen Arbeiter und Angestellten sind beständig von diesem Absturz in die Niedriglohn- und Hartz-IV-Zone bedroht und entsprechend erpreßbar geworden. Auch ihre Löhne sinken seit über einem Jahrzehnt, während die Arbeitsanforderungen radikal gesteigert wurden. Sie haben weniger von ihrer Arbeit, dafür immer mehr Arbeit pro Stunde und Tag

Das sind die guten Verhältnisse, die Europa sich zum Vorbild nehmen soll. Das sind die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit ein Land gesunde Finanzen und dadurch überhaupt eine intakte und handlungsfähige Staatsmacht hat.

Theo Wentzke ist Redakteur der Zeitschrift GegenStandpunkt. Weitere Informationen: www.gegenstandpunkt.com/

Der Bundesverband Deutsche Tafel präsentiert:

Gute Werke, die die Pflichtvergessenheit der Herrschaft offenlegen

Angesichts des marktwirtschaftlichen Phänomens, dass Lebensmittel zwar im Überfluss vorhanden, aber zum Verkaufen da sind, weshalb alle diejenigen, die sich das Essen nicht leisten können, hungern müssen, hat der Bundesverband Deutsche Tafel (BDT) eine bestechende Idee für ein gutes Werk: Er sammelt auf der einen Seite Lebensmittel ein, die zum Wegwerfen bestimmt sind, weil mit ihnen kein Geld (mehr) zu verdienen geht, deren Eigentümer aber zu spenden bereit sind, weil das ihr Geschäft nicht schädigt, um sie auf der anderen Seite an Bedürftige zu verteilen. Das tut der Verband seit 1993 – und verzeichnet seitdem nicht nur ein stetes Wachstum der Nachfrage, so dass er heute mit mehr als 900 Tafeln bundesweit regelmäßig über 1,5 Millionen Bedürftige versorgt; auch hinsichtlich des sozialen Charakters ist sein Empfängerkreis deutlich bunter geworden: Waren anfangs noch Obdachlose die Hauptabnehmer, so sind es inzwischen z.B. ALG-II-Empfänger, Alleinerziehende, Studenten, Beschäftigte, Flüchtlinge und, nicht zuletzt, viele viele Kinder.

Die Arbeit geht dem BDT also absehbarerweise nicht aus – aber *eine* Gefahr bei der flächendeckend organisierten Mildtätigkeit entdeckt sein Vorsitzender Jochen Brühl schon:

„Die Politik darf sich nicht auf dem Engagement der Zivilgesellschaft ausruhen.“ (SZ, 27.05.)

Offenbar tut sie es. Offenbar entdecken diejenigen, die ihrer Gesellschaft eine Wirtschaftsweise aufherrschen, in der nur ein *zahlungsfähiges* Bedürfnis zu dem Seinen kommt, in der privat initiierten Mildtätigkeit gegenüber den vielen Armen, die sich notwendigerweise ansammeln, eine sehr begrüßenswerte Sache. Solche aus persönlichen Beweggründen zustande gebrachten Hilfsdienste bringen nämlich keinen einzigen Sachzwang der Marktwirtschaft durcheinander, entlasten aber den Staat ein Stück weit von Kosten und Aufwand der Verwaltung verelendeter Volksteile. Die Tugend braver Bürger, angesichts der notorischen gesellschaftlichen ‚Missstände‘ Privatinitiative zu ergreifen und ehrenamtliches Engagement zu zeigen, wird deshalb von oberster Stelle goutiert, z.B. mit Verdienstorden des Bundespräsidenten oder Schirmherrschaft der Kanzlerin. Der BDT nun *weiß* also um diesen zynischen Umgang der Politik mit der privaten Mildtätigkeit; er *durchschaut* die Funktionalisierung von Vereinen wie dem Seinen für die Entlastung des Staatshaushalts von Almosen für die Armut, wenn er die Obrigkeit anklagt, dass sie sich auf dem ehrenamtlichen Engagement „*ausruhen*“ würde.

Das ist das eine. Das andere ist der Standpunkt gegenüber der Staatsgewalt, den der BDT zugleich sehr selbstgewiss mit seiner modalen Wendung „...*darf sich nicht*...“ zum Ausdruck bringt und geltend macht: dass die Obrigkeit nämlich eigentlich damit beauftragt wäre, die „*Ursachen von Armut*“ zu bekämpfen und eine soziale „*Verantwortung und Fürsorgepflicht*“ zu praktizieren, aus der sie sich nicht stehlen dürfe. Der negative Befund über die wirkliche Praxis des Regierens, zu dem der BDT selber gelangt; sein eigenes Bewusstsein davon, dass Vereine wie der seine gerne als nützliche Idioten billiger Armutsbetreuung funktionalisiert werden, widerspricht zwar diesem der Staatsgewalt zugesprochenen sozialen Auftrag ziemlich fundamental, und verweist darauf, dass sie ihre Macht ganz anderen Dingen widmet. Das hält der Verband aber überhaupt nicht für einen Einwand gegen seinen Maßstab, an dem er den Staat misst, sondern für ein Dokument dessen, dass die praktizierte Politik sich an dem vergeht, was sie eigentlich zu tun hätte. Nämlich dem idealistischen Bild von Herrschaft zu entsprechen, in welchem der BDT diese als ‚Bekämpferin‘ von Armut zeichnet:

„Die Tafeln können Armut nur lindern, aber nicht ihre Ursachen bekämpfen. Das ist Aufgabe des Sozialstaates.“ (Vorsitzender Brühl, Pressemitteilung 26.05.2014)

Die Erkenntnis über die Macht des Staates, dass diese so ungleich viel nachhaltiger auf gesellschaftliche Verhältnisse einwirkt als es privat organisierte Mildtätigkeit je vermag, führt beim BDT deshalb nie und nimmer zu dem Schluss, dass Armut dann möglicherweise das *Resultat* seines Wirkens *ist*. In dem idealistischen Bild vom ‚Sozialstaat‘ steht laut Auskunft des Verbandes der menschenfreundliche Auftrag dieser Machtinstanz über bürgerliche Lebensbedingungen felsenfest, und erklärt sich die Tatsache, dass sich immer mehr Menschen um seine Tafeln drängeln, ganz aus der Verantwortungs- und Tatenlosigkeit der Obrigkeit. In der *Anklage* der *praktizierten* Politik, der er nicht genug Schlechtes nachzusagen weiß, drückt er so sein fundamentales *Vertrauen* in den Staat und dessen ‚eigentliche‘ Ziele und Zwecke aus.

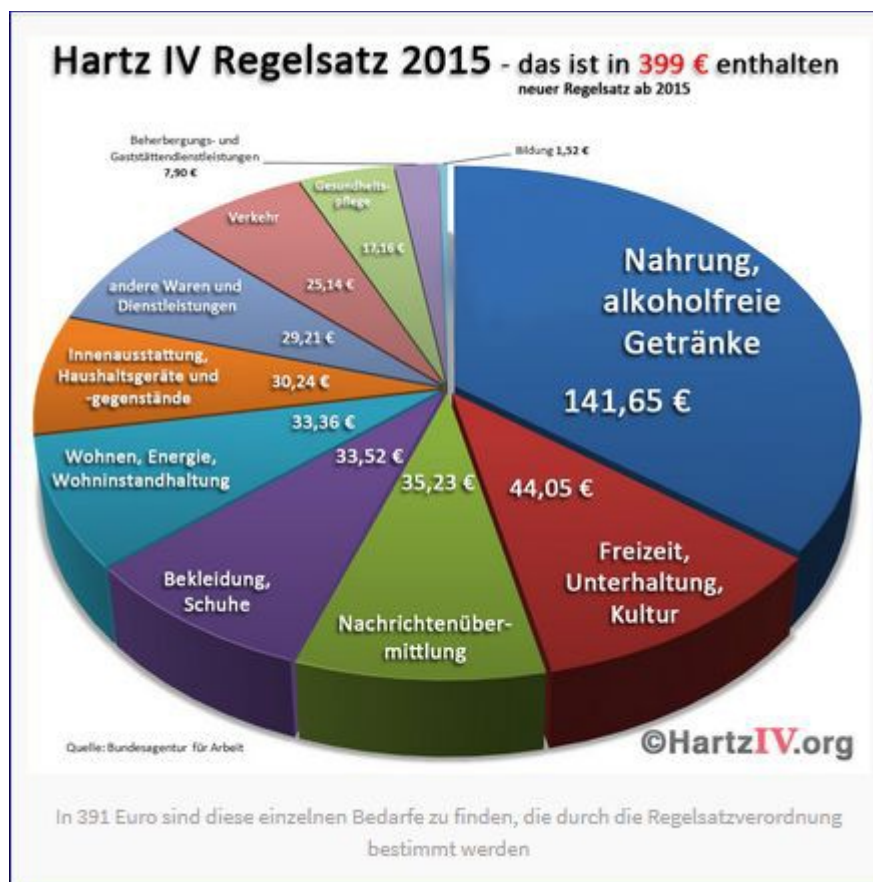
Das hat genau eine praktische Konsequenz. Nicht für die Ausübung der Staatsgewalt, aber für das Aufgabenspektrum und das Auftreten des BDT. Arme werden nicht mehr bloß gefüttert, sondern sorgfältig gezählt und katalogisiert, damit der Verband mit diesem Material seiner Obrigkeit als ihr schlechtes Gewissen und sie beherrschende Instanz gegenüberreten kann:

„Wir erleben, dass Armut und Armutsbedrohung weiter in der Gesellschaft verbreitet sind als die Bundesregierung in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht vermittelt... Die Tafeln sind eine Kompassnadel für gesellschaftliche Entwicklungen. Bei uns wird die Not der Menschen sichtbar. ... Die Politik darf hier nicht einfach wegsehen.“ (Ebd.)

Der tiefere Sinn der Dauerübung, einer Instanz, der man bescheinigt, Armut zu beschönigen oder „*einfach wegzusehen*“, noch drastischere Armutszahlen und die Aufdeckung vielfältiger gesellschaftlicher Fehlentwicklungen öffentlich entgegenzuhalten, liegt einzig und allein darin, den unbezweifelbar guten Auftrag der Herrschaft dadurch zu bezeugen, dass man zeigt, wie sehr er von der Obrigkeit mal wieder nicht verwirklicht worden ist.

http://www.gegenstandpunkt.com/gs/2014/3/gs20143c_armutszeugnis.html

Regelbedarfsstufen 2015 - Arbeitslosengeld II (Hartz IV) hier in der Graphik: Regelbedarfsstufe 1



Die Höhe der Grundsicherung 2015 ist im Vergleich zu 2014 wie folgt geändert:

Alleinstehend/ Alleinerziehend	399 Euro (+ 8 Euro)	Regelbedarfsstufe 1
Paare/ Bedarfsgemeinschaften	360 Euro (+ 7 Euro)	Regelbedarfsstufe 2
Erwachsene im Haushalt anderer	320 Euro (+ 7 Euro)	Regelbedarfsstufe 3
Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren	302 Euro (+ 6 Euro)	Regelbedarfsstufe 4
Kinder von sechs bis unter 14 Jahren	267 Euro (+ 6 Euro)	Regelbedarfsstufe 5
Kinder von 0 bis 6 Jahre	234 Euro (+ 5 Euro)	Regelbedarfsstufe 6

Die Kosten für Unterkunft und Heizung werden grundsätzlich in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit sie angemessen sind. Das Jobcenter orientiert sich dabei am örtlichen Mietniveau auf dem Wohnungsmarkt.

Jährliche Erhöhung folgt der Preisentwicklung

Die Regelsätze werden jährlich überprüft und fortgeschrieben. Das ist im Gesetz über die Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch festgelegt.

Die Fortschreibung der Regelbedarfe wird anhand eines Mischindexes errechnet. Dieser setzt sich zu 70 Prozent aus der regelsatzrelevanten Preisentwicklung und zu 30 Prozent aus der Nettolohnentwicklung zusammen.

Letzteres entnommen:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/09/2014-09-16-grundsicherung-regelsaetze-steigen.html>

Faschistereien aus Politik und Wissenschaft

Vorbemerkung der Redaktion: Es ist auffallend, dass die menschenverachtenden Aussagen vor allem von Sozialdemokraten stammen. Als Erklärung reicht der geläufige Reim der Arbeiter nicht aus: „Wer hat uns verraten? - Sozialdemokraten!“.

Wie ist Hartz-IV entstanden? Unser Erklärungsversuch: Vor der Tausender Wende sind Menschen in Deutschland zu viel geworden. Die Wirtschaft war rentabel geblieben, mit immer weniger Arbeitskräften. Die Übriggebliebenen waren als zu teuer beschlossen worden. Sie wurden als Überflüssig deklariert und so behandelt. Man muss das ganze für den Staat billiger machen. Eine Regierung aus CDU/CSU und FDP schafft es nicht, Millionen von Menschen widerstandslos zu brechen. Wir brauchen einen SPD-Kanzler! Das kann nur die SPD und ihre Genossen in den Gewerkschaften.

Die Medien für Massen haben Verantwortung, wussten es und peitschten den Schröder an die Macht! Das Bürgertum redet zuviel mit Christus. SPDler sind aber nationale Sozialisten. Der alte deutsche Führer hätte Folgendes wahrscheinlich nicht gesagt:

- **„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“**
Franz Müntefering (SPD)
- **„Man muss nicht alles rausholen, was geht.“**
„Wenn Sie sich waschen und rasieren, haben Sie in drei Wochen einen Job.“
Kurt Beck (SPD)
- **„Heute aber gehen manche Empfänger von Arbeitslosengeld II zum Arbeitsamt und fordern für sich und ihre Kinder das Geld wie Gehälter.“**
Peter Struck (SPD), Ex-Fraktionsvorsitzender
- **„Biologen verwenden für „Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben“, übereinstimmend die Bezeichnung „Parasiten“.“**
Wolfgang Clement (damals noch SPD), Ex-Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Ex-Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
 - **Für 4,25 Euro könne man sich „vollständig, gesund und wertstoffreich ernähren“.**
 - **„Kalt duschen ist viel gesünder. Ein Warmduscher ist noch nie weit gekommen im Leben.“**
 - **„Die Menschen werden sich überlegen, ob sie mit einem dicken Pullover nicht auch bei 15 oder 16 Grad Zimmertemperatur vernünftig leben können.“**
 - **„Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.“**
 - **„Sarrazin forderte Elitenförderung und das „Auswachsen“ von „etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung, die nicht ökonomisch gebraucht werden“.“**
Thilo Sarrazin (SPD)

Als die Redaktion diese Sätze von Sarrazin gelesen hatte, war sie sofort verführt:

Sarrazin ist doch ein fremdartiger und undeutscher Familienname? Er schreckt uns ab. Er wird wahlweise umgetauft auf seine Propagandahelfer Spiegel, Stern oder Focus! Seine Krankheit bringt eine unansehnliche Fratze zutage. Er bekommt eine islamische Frauenkleidung oder ein grosses Kopftuch, welche nur einen Augenkontakt zulässt. Dies schreiben wir vor. Seiner kriminellen Tätigkeit als Berliner Senator folgte, wie bei uns üblich, eine weitere Karriere. Er wurde Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank (sh. Wiki). Wir machen das jetzt so: Da er jetzt immer noch arbeitslos ist, streichen wir die Pension, kommt er in den Knast, da er „nicht ökonomisch gebraucht“ wird. Raumtemperatur und Ausgaben fürs Essen lassen wir noch offen!

Wie nahe er der SPD, und diese umgekehrt stehen dokumentiert das Scheingefecht des Ausschlußverfahrens. Siehe u.a.: http://de.wikipedia.org/wiki/Thilo_Sarrazin

Seine faschistische (und die daraus freudig entwickelte mediale) Führerschaft läßt sich hier nachlesen:

http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland_schafft_sich_ab

Gaucklein sagt über Sarrazin „er ist mutig“. → Gaucklein und Sarrazin passen zusammen!

- **„Die deutsche Unterschicht versäuft die Kohle ihrer Kinder.“**
Heinz Buschkowsky (SPD), Bürgermeister von Berlin-Neukölln
- **„Vor allem Leute, die sonst auch Flaschen sammeln, könnten dann für jede tote Ralte einen Euro bekommen“**
Henner Schmidt (FDP) Fraktionsvize im Berliner Abgeordnetenhaus
- **„Alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen müssen sich dann jeden Morgen bei einer Behörde zum 'Gemeinschaftsdienst' melden und werden dort zu regelmäßiger, gemeinnütziger Arbeit eingeteilt - acht Stunden pro Tag, von Montag bis Freitag" (sagte Müller in der "Bild"-Zeitung. Wer sich verweigere und nicht erscheine, müsse) "mit empfindlichen finanziellen Einbußen rechnen"**
Stefan Müller (CSU-Größe)
- **"Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein."**
Guido Westerwelle (FDP) Ex-Vorsitzender und Ex-Aussenminister
- **"Es ist doch folgende Situation: Wenn jemand existenziell bedroht ist, weil er nicht genug Geld hat, um den Lebensunterhalt seiner Familie zu finanzieren. So muss er meiner Meinung nach die Möglichkeit haben, durch den Verkauf von Organen und zwar geregelten Verkauf ... ähnlich der Börse, dass man sagt, wer ist zugelassen zu dem Handeln. Es muss auch geprüft werden, wer darf das Organ entnehmen. Und dann wird praktisch das Organ versteigert."**
Peter Oberender, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Bayreuth

[Anhang vom ALoG-Treff:](#)

Manchmal standen wir vom ALoG-Treff vormittags vor dem Jobcenter Fürstfeldbruck und haben uns angeboten, Kunden zum Sachbearbeiter zu begleiten („Beistand“). Wir wurden dann auch manchmal gebeten, mitzugehen. Mit Flugblatt und im Gespräch haben wir uns vorgestellt und die Hartzler eingeladen, zu unserem wöchentlichen ALoG-Treff zu kommen. Viele von uns waren mutig, denn sie selbst waren „Kunden“ dieses Jobcenters. Neben vielen Ereignissen ist uns einmal folgendes passiert:

Eine junge Frau kam hemmungslos weinend aus dem Jobcenter heraus. Sie war eine alleinstehende Mutter von zwei jungen Buben. Nachdem wir sie etwas beruhigt hatten, erzählte sie uns, dass ihr Sachbearbeiter festgestellt habe, dass ihr jüngster Bube gerade drei Jahre alt geworden sei. Wenn er eine Nachtarbeitsstelle zur Vermittlung bekommen würde, müsse sie diese Arbeit anstreuen, denn Kinder schlafen nachts, sonst bekomme sie kein Geld. Zwei gstandene Mannsbilder haben dann mitgeheult.